

# HOLZMINDEN

## STADT UND LANDKREIS

MITTWOCH, 27. MAI 2020

11



Eine Krisensitzung in Krisenzeiten: Der Holzmindener Kreistag in der Stadthalle.

FOTOS: BS

# Ein klares Nein zum Logistikzentrum

Kreistag verabschiedet Resolution gegen das geplante Bereitstellungslager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle in Würzgassen

VON BIRGIT SCHNEIDER

**KREIS HOLZMINDEN/WÜRGASSEN.** Die Kritik ist harsch, die Anlehnung fraktionsübergreifend: Einstimmig und mit großem Nachdruck stellt sich der Holzmindener Kreistag gegen die Pläne der bundeseigenen Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ), in Würzgassen ein Logistikzentrum für schwach- und mittelradioaktive Abfälle einzurichten. Dreieinhalb Stunden nimmt sich der Kreistag am Montagabend in der Holzmindener Stadthalle Zeit, die Argumente der BGZ zu gewichten. Er hört – überrascht und erstaunt – die Einwände der Bürgerinitiative „Gegen den Atomdreck im Dreiländereck“ und der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad. Und formuliert dann mit einer gemeinsamen Resolution ein klares Nein zum Logistikzentrum. Landrat Michael Schünemann hatte auf diese gemeinsame Resolution gedrungen, um ihr das größtmögliche Gewicht zu verleihen – erfolgreich. SPD und die Gruppe Grüne/Linke ziehen ihre eigene Resolution in der Sitzung zurück.

Zu dritt sind die Vertreter der BGZ in die Stadthalle gekommen. Dr. Ewold Seeba, Vorsitzender der Geschäftsführung, Dr. Heinz-Walter Drotleff, Bereichsleiter des Projekts, und Christian Möbius, Generalbevollmächtigter des Projekts, sind auf Antrag der CDU-Fraktion gekommen, die im Rahmen der Kreistagsitzung eine Anhörung zum Thema gefordert hat. Die Drei lassen in ihrem Vortrag keinen Zweifel. Sie haben „bewusst sehr frühzeitig“ die Öffentlichkeit informiert, sie sind „sehr transparent“ vorgegangen, haben die richtigen Auswahlkriterien gewählt. Noch stünde man mit den Planungen ja ganz am Anfang.

Aber: „Wir sind der Meinung, dass Würzgassen der geeignete Standort ist. All unsere internen Checks sprechen für Würzgassen“, so Dr. Seeba. Dass diese internen Checks allerdings den Maßgaben der bundesdeutschen Entsorgungskommission widersprechen (zweigleisige Bahnanbindung, 300 Meter Mindestabstand zur Wohnbebauung, Hochwasserfreiheit), darauf geht Dr. Seeba in der Sitzung nicht ein.

Dafür: Ohne ein Logistikzentrum in Würzgassen sei eine „Just-in-Time-Belieferung“ des Endlagers Schacht

Konrad nicht zu gewährleisten. Dr. Seeba führt als Argument ein „komplexes Einlagerungsmanagement“ an – das wird im Verlauf der Kreistagsitzung die Kreistagsabgeordneten noch aufhorchen lassen. „Jeder gewonnene Tag ist ein Sicherheitsgewinn“, formuliert Dr. Seeba den Wunsch der BGZ, schnell voranzukommen. Während die BGZ aber Gas geben möchte, treten die Kreistagsabgeordneten mit einer ganzen Reihe von Argumenten auf die Bremse. „Uns wurde versprochen, in Würzgassen entsteht nach dem Rückbau des Kernkraftwerkes eine grüne Wiese“, erinnert sich Sabine Tippelt (SPD), zitiert aus dem Koalitionsvertrag, dass in Niedersachsen keine weiteren Atomanlagen entstehen sollten. Die eingleisige Bahn-Strecke sei zudem nicht für den Güterverkehr geeignet, so Schünemann. Das ginge gar nicht bei dem Personennahverkehr Richtung Göttingen ein. „Wir sind dagegen, das sage ich Ihnen ganz klar.“ Mit Erstaunen habe sie registriert, dass sich Würzgassen eignen solle, weil es verkehrlich gut angebunden ist. „Das Gegenteil ist der Fall.“ Wohnbebauung in unmittelbarer Nähe, das geplante Gelände im Hochwassergebiet, die touristische Entwicklung des Weserberglandes – für Sabine Tippelt gibt es viele Ausschlusskriterien.

„Warum“, fragt sich Uwe Schünemann (CDU), „ist das Logistikzentrum notwendig? Als jemand, der über zehn Jahre für Castortransporte zuständig war, sage ich, dass man alles tun muss, um zusätzliche Verkehre zu vermeiden“, erklärt der ehemalige niedersächsische Innenminister. Er ist sicher, dass moderne Logistikprogramme die Aufgaben eines 450 Millionen Euro teuren Logistikzentrums



Dirk Wilhelm von der BI „Gegen den Atomdreck im Dreiländereck“.

übernehmen könnten.

Die eingleisige Bahn-Strecke sei zudem nicht für den Güterverkehr geeignet, so Schünemann. Das ginge gar nicht bei dem Personennahverkehr Richtung Göttingen ein. „Wir sind dagegen, das sage ich Ihnen ganz klar.“ Mit Erstaunen habe sie registriert, dass sich Würzgassen eignen solle, weil es verkehrlich gut angebunden ist. „Das Gegenteil ist der Fall.“ Wohnbebauung in unmittelbarer Nähe, das geplante Gelände im Hochwassergebiet, die touristische Entwicklung des Weserberglandes – für Sabine Tippelt gibt es viele Ausschlusskriterien.

„Warum“, fragt sich Uwe Schünemann (CDU), „ist das Logistikzentrum notwendig? Als jemand, der über zehn Jahre für Castortransporte zuständig war, sage ich, dass man alles tun muss, um zusätzliche Verkehre zu vermeiden“, erklärt der ehemalige niedersächsische Innenminister. Er ist sicher, dass moderne Logistikprogramme die Aufgaben eines 450 Millionen Euro teuren Logistikzentrums

Wohnbebauung“. In Würzgassen aber dürften die Züge mit den Atommüllcontainern direkt an den Häusern vorbeifahren.

Für weitere Argumente sorgen die Vertreter der Bürgerinitiativen, die vor dem Kreistag sprechen dürfen. Da ist Dirk Wilhelm von der Bürgerinitiative „Gegen den Atomdreck im Dreiländereck“, der selbst im Atomkraftwerk Würzgassen gearbeitet hat und sich sehr genau an das politische Versprechen der „grünen Wiese“ erinnert. Er spult noch einmal zurück bis zur Pressekonferenz im März, auf der die BGZ die Pläne bekannt gemacht und Politik, Kommunen und Bürger mit ihrem Vorgehen vor den Kopf stieß. Er erinnert auch an die Telefonschalt mit dem Bundesumweltministerium, in der der Staatssekretär Flasbarth von einem „alternativlosen Standort“ sprach. Und er beleuchtet das Gutachten des Ökoinstituts Freiburg, auf den das BGZ baut. Es sei ein Gutachten, für das die BGZ selbst die Daten geliefert habe. „Es gab

### Die gemeinsame Resolution im Wortlaut

Der Kreistag stellt zur Vorentscheidung der Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH (BGZ), in Würzgassen ein Bereitstellungslager für schwach- und mittelradioaktiven Atommüll einzurichten, Folgendes fest:

- ▶ Die Bürgerinnen und Bürger in den betroffenen Kommunen und deren Verwaltungen wurden bei dem Verfahren zur Standortauswahl nicht beteiligt.
- ▶ Die weiteren Detailplanungen werden ohne Bürgerbeteiligung bereits fortgesetzt und konzentrieren sich ausschließlich auf den Standort Würzgassen.
- ▶ Die von der Entsorgungskommission selber aufgestellten Kriterien – 300 Meter Mindestabstand zur Wohnbebauung, eine zweigleisige Bahnanbindung und die Hochwasserfreiheit des geplanten Geländes – werden nicht eingehalten.
- ▶ Das Grundstück befindet sich in einer militärischen Tiefflugzone.
- ▶ Die schlechte Verkehrsanbindung und die wirtschaftliche Ausrichtung auf den Tourismus und die Naherholung der Region bleiben unberücksichtigt.

Der Landkreis Holzminden lehnt die Errichtung eines Logistikzentrums für schwach- und mittelradioaktiven Atommüll am Standort Würzgassen in unmittelbarer Nähe zur Kreisgrenze entschieden ab. Vor diesem Hintergrund fordert der Kreistag

- ▶ die Bundesumweltministerin auf, die vorbereitenden Maßnahmen zur weiteren Erkundung des Standortes Würzgassen unverzüglich zu stoppen, ein neues transparentes Verfahren zur Standortwahl einzuleiten, in dem die Kriterien zu Beginn veröffentlicht, die Bevölkerung frühzeitig beteiligt und nicht im Bundesbesitz befindliche Grundstücke einbezogen werden.
- ▶ den niedersächsischen Umweltminister auf, den Landkreis Holzminden gegebenenfalls bei der Erstellung von Gutachten und Stellungnahmen fachlich und finanziell zu unterstützen.
- ▶ die aus der Region gewählten Abgeordneten des Bundestages und der Landtage auf, sich gemeinsam dafür einzusetzen, den Standort Würzgassen aufgrund des nicht geeigneten Geländes zu verhindern.

nur einen einzigen Vor-Ort-Termin“. Wilhelm: „Das liest sich wie ein Zeugnis auf sich selbst.“

Auch Ursula Schönberger von der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad steuert Argumente bei, die Dr. Seeba nicht widerlegt. Der Schacht Konrad, ein altes Eisenbergwerk, wäre heute als Endlager gar nicht mehr genehmigungsfähig. Ein Zwischenlager oder

Logistikzentrum dort auch nicht zu verwirklichen, weil dann das ganze Verfahren noch einmal aufgerollt werden müsste. Dann aber wäre das Endlager in Frage gestellt. Ein Endlager, so Ursula Schönberger, in dem eigentlich nur schwach- und mittelradioaktiver Abfall gelagert werden sollte. Allerdings sollen im Schacht Konrad die einmal genehmigten Grenzwerte voll ausgeschöpft werden. Und damit man dort auch Dinge einlagern dürfe, die eigentlich nicht eingelagert werden dürfen, müssten Marge schwach- und mittelradioaktiven Abfalls gemischt werden. „Deshalb also die komplizierte Logistik“, so Schönberger.

Im Kreistag richtet sich der Blick noch einmal auf die Drei der BGZ. Ist das so? „Das ist nichts Neues“, gibt es von den Vertretern der Gesellschaft für Zwischenlagerung als Antwort. Es sei ja die Aufgabe des Logistikzentrums, die chargegenaue Anlieferung zusammenzustellen. Und die Summenwerte – so nennt sich das – seien festgelegt.



Christian Möbius, Dr. Ewold Seeba und Dr. Heinz-Walter Drotleff von der Gesellschaft für Zwischenlagerung.